

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa,  
Dresden Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkassentor: Dresden 1338  
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 65.

Wittwoch, 18. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für den 8. vom ersten, 3 vom hohen Grundstiftungs-Jahre (6 Silben, 25 Gold-Pfennige, die 50 um breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife, Remittenten-Vahats, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Kontants gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Zähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Canger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Der Präsidentenwahlkampf.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Im ganzen Reich werden jetzt Rundreden für die Präsidentschaftskandidaten veranstaltet. Namentlich die kommende Woche wird überall große politische Demonstrationen bringen, die ganz im Zeichen der innenpolitischen Gegenläufe stehen werden. Die Parteien, die jetzt getrennt marschieren müssen, sehen in dem Ausgange der ersten, am 29. März stattfindenden Abstimmung eine entscheidende Kraftprobe, die auch parlamentarisch zu einer Neugruppierung der parteipolitischen Konstellation führen muß.

Für Dr. Jarres haben sich jetzt auch die am weitesten rechtsgerichteten Organisationen und Verbände erklärt. Diese Tatsache führt zu lebhaften Erörterungen in den Kreisen des Zentrums und der Demokraten, die der Meinung sind, daß darüber besondere Nachdenken zu suchen seien. Namentlich die demokratische Presse behauptet, daß der Reichstagsklub der Rechten alle Gegner der Republik vereinige und man auf den Gedanken kommen könne, Dr. Jarres sei der Statthalter monarchistischer Bestrebungen. Auch das Zentrum richtet gegen Dr. Jarres einen außerordentlich scharfen Kampf und bemüht sich schon jetzt, für den zweiten Wahlgang entscheidende Vorbereitungen zu treffen. Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß die Kandidatur Jarres vom Zentrum bis zur Sozialdemokratie einer geschlossenen Front von Gegnern gegenüber gestellt ist. Die Tatsache, daß die Linke augenblicklich völlig gesplittelt ist und jede einzelne Gruppe mit Sonderkandidaturen auftritt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der zweite Wahlgang eine sehr starke Belastungsprobe für Dr. Jarres bringen wird, denn dann werden sich voraussichtlich Zentrum, Demokraten und Sozialdemokratie auf eine gemeinsame Kandidatur einigen.

Die Bayerische Volkspartei glaubt noch immer an die Möglichkeit einer bürgerlichen Sammelkandidatur. Bei der Wiedereröffnung der Arbeiten des Reichstages nahmen Vertreter der Bayerischen Volkspartei Veranlassung, mit den Führern der anderen Parteien Fühlung zu nehmen, wobei sie schon jetzt zum Ausdruck brachten, daß die Wahlgängigkeit der Bayerischen Volkspartei niemals für Dr. Jarres stimmen werde. Die Ursachen dieser Haltung sind jedoch von vornherein klar. Als Reichsminister des Innern hat Dr. Jarres nicht die Hoffnungen erfüllt, die einige bayerische Kreise in ihn setzen zu können glaubten. Er hat die bayerischen Forderungen auf Erweiterung der Selbständigkeitsrechte ebenso nachdrücklich abgelehnt wie seine Vorgänger. Aus diesem Grunde erscheint er jetzt den bayerischen Stellen untragbar, die vielleicht auch der Meinung sein mögen, daß Dr. Jarres seinen Rückhalt mehr in Nord- und Westdeutschland haben würde.

Die Gegner der Kandidatur Jarres sehen im übrigen ihre Hoffnung darin, daß etwa von deutschnationaler Seite versucht werden könnte, im zweiten Wahlgang mit einer ganz neuen überraschenden Kandidatur aufzutreten und dadurch die jetzt zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen getroffenen Vereinbarungen wieder rückgängig zu machen. Diese Hoffnungen beruhen jedoch lediglich auf der Vermutung, daß zwischen Dr. Stresemann und den Reichsparteien noch immer starke Gegenläufe vorhanden sein könnten. Der 29. März wird jedenfalls ein Entscheidungstag ersten Ranges sein, der für die innenpolitische Entwicklung der nächsten Jahre den maßgebenden Ausschlag geben wird.

## Deutscher Reichstag.

17. März 1925.

Am Regierungstische: Justizminister Dr. Frenken. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. und geht auf den plötzlichen Ableben der Abg. Frau Drausfeld (Str.), die eine der ersten Frauen gewesen sei, die in die deutschen Parlamente eingetreten sei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Abg. Roenen (Komm.) Einspruch gegen die Vorzüge in Halle und Neustadt, wo Arbeiterblut geflossen sei. Das sei eine ungeheuerliche Einleitung zum Präsidentschaftswahlkampf. Der Redner fordert sofortige Behandlung eines Antrages, der die Wahlfreiheit sichert und die Regierung auffordert, die schuldigen Beamten ihres Dienstes zu entheben.

Gegen die sofortige Behandlung dieser Anträge wird Widerspruch erhoben.

Die Genehmigung zur Vernehmung der Abgg. Dr. David (Soz.), Wittmann (Soz.), Fehrenbach (Zentr.), Wiesbert (Zentr.), Scheidemann (Soz.) und Wels (Soz.) als Zeugen in der Strafsache gegen den Riesaer Anzeiger wegen Beleidigung des verstorbenen Reichspräsidenten wird erteilt.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgg. Straßer (Nat.-Soz.), Buchmann (Komm.) und Dening (Nat.-Soz.) wird nicht erteilt.

Das Rabelsbandgesetz wird ohne Aussprache in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über

### Zusatzberatung

der Renten in der Angekettetenversicherung.

Abg. Lambach (Dnat.) lehnt die sozialdemokratischen Wünsche auf Befreiung dieser Sonderversicherung ab. Die Angekettetenversicherung müsse aufrecht erhalten werden. Im April sei nach den Erklärungen der Regierung eine Vorlage zur Revision des Angekettetenversicherungsgesetzes zu erwarten. Der Reichstag solle daher zurückhaltend sein und die Initiative der Regierung abwarten.

Abg. Koch (Soz.) will durch eine Verschmelzung der Angeketteten- und Invalidenversicherung die Leistungen verbessern. Der Redner warnt davor, das Teil in der Kapitalanleihe nicht tragen. Die hohen Beiträge könnten die Angeketteten nicht tragen.

Abg. Schneider-Berlin (Zentr.) stellt sich, daß die Not der Rentner gebieterisch eine Erhöhung der Renten verlangen. Man könne ihnen schon jetzt helfen ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln, wenn man den demokratischen Anträgen folge und u. a. die Versicherungsrate auf 6000 Mark erhöhe.

Abg. Thiel (DVP.) hält eine Annahme der demokratischen Anträge ohne Ausschussprüfung für unmöglich. Unter Ablehnung aller Änderungsanträge werden die Ausschussberichte in zweiter und dritter Lesung bestätigt. Die Reichsregierung wird aufgefordert, dem Reichstage unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der neben einer Erhöhung der Versicherungsbeiträge in der Angekettetenversicherung eine entsprechende Erhöhung der Leistungen vorsehe.

Darauf beantragt Abg. Roenen (Komm.) erneut die Beschneidung der Vorzüge in Halle, Neustadt und Stettin. Da wiederum widersprochen wird, kann die Angelegenheit nicht behandelt werden. (Värm. u. d. Komm.)

Das Haus geht nunmehr die zweite Beratung des Reichshaushaltsplans fort beim

### Reichsjustizministerium.

Abg. Probus (Dnat.) bedauert die Vergiftung der politischen Atmosphäre. Das zeige sich besonders in der ungeheuren Zahl von Beleidigungssachen. Überdies erschüttere es es gewesen, als im Vorhards-Prozess in Magdeburg ein Beamter des verstorbenen Reichspräsidenten mitteilen mußte, daß dieser Prozes der 11. Beleidigungsprozes sei, den der Reichspräsident führen mußte. Bezeichnend sei es, daß man sich bemüht habe, Zeugen gegen den Reichspräsidenten zu schaffen, von der Art des Syria und des Kreis (Hört! hört! links!) Ein bewußt nationaler Pahor habe dabei hervorragend mitgewirkt (Hört! hört! links.) Die Aufhebung des Republikanklagengesetzes und des Staatsgerichtshofes sei noch nicht möglich. Die Behauptung eines deutsch-nationalen Redners, der Eintritt in den republikanischen Nichterbund sei ein Verstoß gegen die Verfassung für die Vergiftung der politischen Atmosphäre. Die Ehre der Republikaner werde bei den ordentlichen Gerichten geringer gehalten, als die Ehre von Monarchisten. Die Reichsgerichte seien vielfach weniger edel als die alten Gerichte. Manche Urteile läßen eine antisemitische Einstellung erkennen. Eine Reform des Ehegerichts sei unbedingt erforderlich.

Abg. Dr. Flegler (Dnat. Vot.) bittet, den deutschen Juristen die Möglichkeit zu geben, durch Studienreisen im Ausland sich über ausländisches Recht zu unterrichten. Der Redner lehnt eine Trennung des Patentamtes vom Justizministerium ab. Er bedauert die politische Verengung, durch die das deutsche Volk auseinandergerissen werde. Die gemeinsamen Justizverordnungen waren notwendig, um unsere Rechtspflege vor dem drohenden Zusammenbruch zu bewahren. Der Redner warnt vor einer Erleichterung der Ehegerichtsverfahren. Man dürfe die Ehe nicht zu einem Landenschiele machen. Rot tue uns eine klare Gestaltung unseres Rechts, das nicht fortwährend durch Novellen geändert werden dürfe. Lebstatt zu begreifen sei die gemeinsame Arbeit beim Strafgesetzbuch mit Oesterreich. Dadurch werde eine Brücke zwischen beiden Ländern geschlossen. (Beifall.) Die Aufwertung dürfe kein Almasen werden.

Abg. Dr. Fried-Rünchen (Nat.-Soz.) führt Beschwerde über die Unterdrückung der deutschvölkischen Bewegung durch den preussischen Minister Severing und die bayerische Regierung. Es sei unerhört, daß die Hitler-Versammlungen in München verboten worden seien. Bei dem ersten Auftritte Hillers nach seiner Entlassung benahm sich die Polizei so rigoros, daß man auf den Gedanken kommen mußte, sie habe provozieren wollen. Die bayerische Regierung sei vollständig verurteilt. Der Redner führt Beschwerde über die Verhaftung des Herrn v. Dendebrecht. Man wisse heute noch nicht, weshalb er verhaftet sei. (Zuruf d. Soz. Bei Darmstadt war es auch nicht.) Jurist rechts: Abg. die Darmstadt (Nat.-Soz.) Das Republikanklagengesetz und der Staatsgerichtshof sollten endlich beseitigt werden.

Reichsjustizminister Dr. Frenken teilt mit, daß das Verfahren gegen von Dendebrecht beschleunigt werde.

Abg. Lohmann-Altona (Dnat.) bringt Gehaltswünsche der Justizbeamten vor.

Die Anträge auf Befreiung der Strafen für die Abtreibung lehne seine Partei eingeschoben ab. Die Neuregelung des Strafprozesses habe sich bewährt. Der Redner warnt davor, die Politik in die Rechtspflege hineinzutragen. Erfreulich sei die Zusammenarbeit mit Oesterreich beim Strafgesetzbuch. Hoffentlich führe das zu einem innigeren Zusammenschluß beider Staaten. Die Sprache unserer Gesetze sei mit Hilfe des Sprachvereins besser geworden. Auch durch die Heranziehung des Valenlements werde das Verständnis für die Rechtspflege gefördert.

Abg. Lunde (Wirtsch. Vereinig.) bemängelt die Ueberschuldung der Gesetze und Verordnungen unter denen sich niemand mehr zurechtfinde. Bei den Gesetzen der neuen Zeit hätte man allen viel Rücksicht auf die Genuß der Massen genommen. Der Redner bedauert die Länge der Prozesse. Mietspreitzigkeiten zogen sich oft jahrelang hin.

Abg. Ehrhardt (Meißenburg) (Nat.-Soz.) trägt Wünsche der Reichsanwälte vor. Der Redner spricht sich gegen jede Erleichterung der Ehegerichtsverfahren und für eine weitere Verbindung mit Oesterreich aus. Das deutsche Recht müsse von südlichem Einfluß befreit werden.

Abg. Probus (Dnat.) hält der Meinung vor, daß der Kapitän v. Klinger zu denjenigen gehört habe, die die Atmosphäre schufen, die zu dem Erbsenermorde

führte. Dieser Mann habe jetzt den Wahlanruf für Jarres unterschrieben. Der Redner fragt, ob es richtig sei, daß v. Klinger seine Strafe noch nicht angeteilt habe.

Reichsjustizminister v. Frenken bestätigt das. Es liege ein Gnadenersuchen vor, und in solchen Fällen werde der Strafvolk ausgesetzt.

Damit ist die allgemeine Aussprache erledigt. Der Reichstag wird nach dem Haushaltsauschuss überwiesen.

Das Haus vertagt sich.  
Wittwoch 2 Uhr keine Vorlagen. Einzelberatung zum Justizetat, kommunistische Anträge über die Vorgänge in Halle.

## Die Reichsbahn-Gesellschaft zum Schiedsbruch.

Berlin. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft nimmt zu dem im Schlichtungsverfahren ergebnislos verlaufenen Schiedsbruch folgende Stellung ein:

Die Hauptverwaltung kann unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Empfehlung des Schiedsrichters, den Arbeiterlohn vom 15. März ab um 3 Pfennige zu erhöhen, von sich aus nicht durchführen, wenn die Reichsregierung die zur Aufbringung der Mittel erforderliche Erhöhung der Tarife genehmigt.

Weiter stimmt die Hauptverwaltung der Einsetzung des vom Schiedsrichter empfohlenen Ausschusses zur Prüfung von Gütern in den Arbeitszeitbestimmungen, wie sie es ohnehin in Aussicht genommen hat, zu.

Der Schiedsbruch verlangt, daß sämtliche am Streik Beteiligten bis zum 31. März wieder eingestellt sind, jedoch den neu eingestellten Erziehungskräften sofort bis zum 31. März gekündigt werden müßte. Die Gesellschaft ist bereit, die Mehrzahl der am Streik Beteiligten mit den alten Rechten des Tarifvertrages wieder einzustellen und keine Maßregelung dieser Arbeiter vorzunehmen. Sie ist aber nicht in der Lage, sämtliche Neueingestellten zu entlassen. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft kann nicht wie andere Unternehmungen im Falle eines Streiks ihren Betrieb schließen. Sie ist im Gegenteil aus volkswirtschaftlichen Gründen und im Interesse der Allgemeinheit verpflichtet, Betrieb und Verkehr anrecht zu erhalten, um die Güterverlängerung nicht zu gefährden. Sie war daher nach Ausbruch des Streiks in die Notlage verwickelt, sich nach Helfern umzusehen und geeignete Erziehungskräfte einzustellen. Der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft kann nicht zugemutet werden, die Helfer, die sich bewährt haben, jetzt zu Gunsten der in Streik getretenen Eisenbahnarbeiter sämtlich in kürzester Frist wieder zu entlassen. Die Reichsbahn-Gesellschaft ist daher bereit, die am Streik Beteiligten wieder einzustellen, soweit der Betrieb es ihr gestattet, und auf längere Zeit hinaus die freiwerdenden Stellen in erster Linie aus den Reihen der früher Beschäftigten zu besetzen.

## Eine Lohnbewegung auch bei der Post.

Berlin. Wie bei der Eisenbahn, so ist auch bei der Reichspost schon seit längerer Zeit eine Lohnbewegung der Post- und Telegraphenarbeiter zu verzeichnen. Die Tatsache, daß im Hinblick auf die Sitzung des Verwaltungsrats der Reichspost die für gestern angekündigten Lohnverhandlungen auf Donnerstag vertagt werden mußten, hat ziemlich starke Erregung unter den Postarbeitern verursacht, wie in einer Funktionärsversammlung zum Ausdruck kam. In einer Entschließung wurde den streikenden Eisenbahnarbeitern die vollste Sympathie ausgesprochen.

## Die Wirtschaftspartei für Dr. Jarres.

Der Reichsausschuh der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, der am Dienstag im Reichstag tagte, nahm eine Entschließung an, in der den Angehörigen der Partei empfohlen wird, um eine weitergehende Zerplitterung zu verhindern, bei der Reichspräsidentenwahl für den Kandidaten Dr. Jarres zu stimmen. Für den zweiten Wahlgang behält sich die Wirtschaftspartei ihre Stellungnahme vor.

Der Bayerische Bauernbund wird seine Entscheidung erst am Mittwoch treffen.

## Dr. Jarres Deutschlandreise.

Berlin. Wie die „N.“ erfährt, ist das Programm der Deutschlandreise von Dr. Jarres jetzt endgültig folgendermaßen festgelegt worden: Nach der Veranlassung am heutigen Mittwoch in Berlin wird Dr. Jarres am Freitag in Breslau sprechen, am Sonnabend in Hamburg, Montag und Dienstag wird er in München sein und am Dienstag sprechen, am Mittwoch in Stuttgart, Donnerstag in Karlsruhe und Freitag in Köln. Eine Ausdehnung des Programms auf weitere Städte ist wegen Beschränkung der Zeit nicht möglich.

## Verhaftung der Insaßen eines deutschen Freiballons.

Erfurt. Wie wir zur Verhaftung der Insaßen eines deutschen Freiballons bei Witten erfahren, handelt es sich um einen gelegentlich des Schaulustwettbewerbs „Das illustrierte Erfurt“ hier aufgestiegenen Ballon. Nach Mitteilung der deutschen Geländekarte in Prag fand die Insaßen, unter denen sich auch der Schriftleiter Dr. Riese von der „Thüring. N.N.“ befindet, bereits freigelassen worden. Sie befinden sich auf der Heimreise.